



Protokoll

Sozialausschuss | Sitzung

24. September 2025, 16:30 Uhr bis 19:06 Uhr

öffentlich

Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal

Vorsitzende: Bürgermeisterin Yvette Melchien

Protokollführerin: Carmen Edler

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 20

Abwesende Mitglieder: 2

Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtet die Vorsitzende Frau Marion Reick-Westphal (Der Paritätische), Frau Christine Jung-Weyand (Badischer Landesverein für Innere Mission) und Herrn Wilfried Becker (VdK Kreisverband Karlsruhe).

Öffentlicher Teil:

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden im Bürgersaal.

TOP 1 Jahresbericht 2024 des Beirates für Menschen mit Behinderungen und der Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen in der Stadt Karlsruhe
- Vorlage -

Die Vorsitzende begrüßt Frau Ippolito und Herrn Gutmann (BMB).

Herr Budnik (BMB) und Frau Wernert (SJB) führen in den TOP ein.

Beschluss: Der Sozialausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *einstimmig*, den Jahresbericht 2024 des Beirates für Menschen mit Behinderungen und der Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen in der Stadt Karlsruhe zur Kenntnis zu nehmen.

TOP 2 Jobcenter Stadt Karlsruhe - Jahresbilanzen 2023 und 2024
- Vorlage -

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Kölmel (Geschäftsführer Jobcenter Karlsruhe) und Herrn Bauer (Stellvertretender Geschäftsführer Jobcenter Karlsruhe).

Herr Kölmel (Jobcenter) führt in den TOP ein.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Wie konnte es gelingen, die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften von Alleinerziehenden zu reduzieren?

Herr Kölmel: Durch spezialisierte Ansprechpartner*innen konnte die Zahl der Alleinerziehenden reduziert werden. Darüber hinaus ist die Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt präsent, beispielsweise für Beratungsgespräche in Startpunktcafés, oder sie führt im Jobcenter und in der Arbeitsagentur Gruppenveranstaltungen, insbesondere für Alleinerziehende, durch. Die Gruppe der erwerbstätigen Leistungsberechtigten ist leicht angestiegen, da die Sätze des Bürgergeldes erhöht worden sind und dadurch die Zahl der ergänzenden Hilfen leicht angestiegen ist.

Herr Stadtrat Kalmbach (FÜR): Wie wird perspektivisch die Zukunft auf dem Arbeitsmarkt eingeschätzt?

Herr Kölmel: Der Arbeitsmarkt ist immer noch bereit, Menschen aufzunehmen; vor allem Fachkräfte jeglicher Art. Beim Arbeitnehmerverleih ist eine Zurückhaltung festzustellen, ebenso bei den Hilfskräften.

Beschluss: Der Sozialausschuss nimmt *einstimmig* die Jahresbilanzen 2023 und 2024 zur Kenntnis.

TOP 3: Bericht der Stadtteilkoordination
- Vorlage -

Die Vorsitzende begrüßt Frau Schöllhorn (SJB).

Frau Lange (SJB) führt in den TOP ein.

Herr Stadtrat Kalmbach: Findet eine Kooperation zwischen dem Neuaufbau von Stadtteilnetzwerken und bereits bestehenden Netzwerken statt? Wie kann Kontinuität in personeller Hinsicht erfolgen?

Herr Stadtrat Tröndle (SPD): Welche Rolle kommt den Bürgervereinen zu, die eine wichtige Rolle als Ansprechpersonen für die Bürger*innen in den Stadtteilen haben? Die Bürgervereine fühlen sich unterrepräsentiert. Die Verwaltung wird gebeten, auf die Bürgervereine diesbezüglich zuzugehen.

Frau Stadträtin Kaufmann (DIE LINKE.): Was waren die Herausforderungen in der bisherigen Arbeit und was hätte besser umgesetzt werden können? Was sind die Schwerpunktthemen für die neu hinzukommenden Stadtteile und sind hierzu partizipative Prozesse angedacht?

Frau Schöllhorn (SJB): Die Stadtteilkoordination möchte keine zusätzlichen Netzwerke schaffen, sondern bestehende Strukturen aufgreifen und vorhandenes Engagement weiter voranbringen. Synergieeffekte sind zu nutzen und Doppelstrukturen zu vermeiden. Bei Anfragen an die Stadtteilkoordination bieten wir Unterstützung und gehen bedarfsorientiert an die Themen heran. Die Bürgervereine sind ein wichtiger Teil in der sozialen Quartiersentwicklung sowie entscheidende Partner, die in die Struktur mit eingebunden sind. Bei unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten ist es auch möglich, dass von den Bürgervereinen keine Kooperation gewünscht wird. Die größere Nachfrage nach Unterstützung ist eine

Herausforderung, die es unter Abwägung der personellen Ressourcen zu bewältigen gilt, gegebenenfalls im Rahmen einer Prozessbegleitung. Es gilt, entstandene Synergien zu nutzen und bedarfsorientiert Aktivitäten in den Quartieren zu unterstützen.

Beschluss: Der Sozialausschuss nimmt *einstimmig* den Bericht der Stadtteilkoordination zur Kenntnis.

TOP 4 Gewalt gegen Frauen: Prioritäten setzen – Schutz erhöhen
Istanbul-Konvention in Karlsruhe - Umsetzungsbericht 2024/2025
- Vorlage -

Die Vorsitzende begrüßt Frau Kornhaas (Gleichstellungsbüro) und Frau Meister (Gleichstellungsbeauftragte).

Frau Kornhaas (Gleichstellungsbüro) führt in den TOP ein. Im Umsetzungsbericht unter der Überschrift „Das Gewalthilfegesetz“ muss es im ersten Satz „28. Februar 2025“ lauten.

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Reichen die vorhandenen Angebote für den Ausstieg aus der Prostitution aus und werden diese angenommen? Wie weit ist die kommunale Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen in der Stadt Karlsruhe miteingebunden?

Frau Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Das Projekt „Zwangsheirat“ soll vor dem Projekt „Wohnraum für gewaltbetroffenen Frauen“ angegangen werden. Von den Frauenhäusern und Trägerinnen und Trägern wird immer wieder mitgeteilt, dass der Bedarf an Wohnraum groß ist. Deshalb die Bitte um Mitteilung von Fallzahlen zur Gemeinderatssitzung zum Thema „Zwangsheirat“ und „Ausstieg aus der Prostitution“, die die Dringlichkeit und damit das zeitliche Vorziehen begründen.

Frau Stadträtin Kaufmann: Wie wurden die Gewaltbereiche priorisiert? Das Thema „Täterarbeit“ wird jetzt schon angegangen, das Thema „Soforthilfe bei Vergewaltigung“ wurde verschoben. Gibt es hierfür Gründe? Laut Bericht könnte die Umsetzung in einem Modellprojekt „Soforthilfe bei Vergewaltigung“ erfolgen. Wie könnte diese aussehen und welche Schritte sind für die Einleitung notwendig?

Frau Kornhaas: Die Priorisierung des Themas „Täterarbeit“ läuft bereits, da dies zum Bereich „Häusliche Gewalt“ gehört. Hier vernetzen sich bereits seit 25 Jahren Akteurinnen und Akteure im Koordinierungskreis „Häusliche Gewalt überwinden“. Die Staatsanwaltschaft praktiziert stärker verpflichtende Täterberatungen als Auflagen. Deshalb ist der Bedarf angestiegen. Im Bereich „Häusliche Gewalt“ wird auch für das Projekt „Wohnraum für gewaltbetroffene Frauen“ mit der Volkswohnung die Vernetzung aufgegriffen und weiter vorangetrieben. Bei dem drängenden Thema „Soforthilfe bei Vergewaltigung“ sollen die Beratungsstellen Wildwasser e. V. und AllerleiRauh mit dem städtischen Klinikum und den ViDia-Kliniken vernetzt werden.

Frau Meister (Gleichstellungsbeauftragte) ergänzt, dass aufgrund der begrenzten personellen Ressourcen die Priorisierung pragmatisch erfolgte und auch politische Rahmenbedingungen berücksichtigt wurden. Auf Anfrage des Integrationsbüros wurde das Thema „Zwangsheirat“ vorrangig und niederschwellig mit wenig Ressourcen angegangen.

Frau Kornhaas: Fallzahlen zum Thema Zwangsheirat müssen zunächst erfasst werden. Die Ausstiegsberatungen sind fester Bestandteil der beiden Projekte „Luise“ und „The Justice Project“. Die Arbeitsgruppe „Ausstieg aus der Prostitution“ wurde wieder aktiviert, um die Verfahrensabläufe mit dem Jobcenter niederschwellig zu ermöglichen. Zu den verschiedenen Themen steht das Gleichstellungsbüro immer wieder im Austausch mit der kommunalen Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen in der Stadt Karlsruhe. Fallzahlen zum Ausstieg aus der Prostitution werden bis zur Gemeinderatssitzung nachgeliefert.

Beschluss: Der Sozialausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *einstimmig*, den Bericht zur Umsetzung der Istanbul-Konvention 2024/2025 zur Kenntnis zu nehmen.

Die Vorsitzende stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Nicht öffentlicher Teil:

TOP 5: Haushaltssicherung Stufe 4 – Maßnahmen THH 5000

Frau Langeneckert (SJB): Das Handout zum Austausch mit den Fraktionen, den Liga-Vertretern und dem Gesamtelternbeirat Karlsruher Kindertagesstätten für die Haushaltssicherung am 8. Juli 2025 ist bekannt. Dieses sowie die vertraulichen Informationen Stand 22. September 2025 wurden im Ratsinformationssystem eingestellt. Die SJB hat sich nicht für eine pauschale/prozentuale Kürzung von Leistungen entschieden, sondern ist die Liste der freiwilligen Leistungen einzeln durchgegangen, hat sich über Kriterien ausgetauscht, allen Beteiligten/Trägerinnen und Trägern die Situation dargelegt und angefragt, welche Leistungen gekürzt werden könnten. Bestimmte Bereiche wurden jedoch von den Einsparungen komplett ausgenommen. Das BfL hat in einem eigenen Prozess seine Leistungen gekürzt und im Integrationsausschuss darüber berichtet. Die Einsparsumme von 2 Millionen Euro konnte bisher noch nicht erreicht werden (Einsparbetrag 1.470.604 €), jedoch wird die SJB nichts unversucht lassen, bestimmte Projekte anders zu finanzieren oder aufzulösen. Folgende Kompensationsmaßnahmen hat die SJB für 2026 angeboten und dies der Stadtkämmerei mitgeteilt:

1. Erhöhung der Verpflegungsentgelte an Kitas – Behandlung im Jugendhilfeausschuss 15. Oktober 2025 (Erhöhung der Erträge 286.800 €).
2. Wohnraumakquise – Für das Jahr 2026 werden keine weiteren Wohnungen angeworben (Haushaltsansatzreduzierung um 400.000 €).
3. Änderung Geschwisterkinderzuschuss – Die Änderungen werden in der JHA-Sitzung am 15. Oktober 2025 beraten. Die Stadt Karlsruhe strebt eine Streichung des Geschwisterkinderzuschusses an. Diese soll schrittweise umgesetzt werden. Um das Einsparziel im Rahmen der Haushaltssicherung zu erfüllen, wird parallel dazu das gesamtstädtische Beitragsniveau in den Kindertageseinrichtungen erhöht. Gleichzeitig geht es darum, eine einkommensabhängige Förderung anzustreben.

Mit den vorgenannten Maßnahmen erzielt die SJB eine Einsparung im Jahr 2026 von ca. 19,7 Millionen Euro und im Jahr 2027 von 21,7 Millionen Euro.

Frau Stadträtin Dr. Dogan verlässt die Sitzung.

Die Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass die angesprochenen Themen heute nicht öffentlich behandelt werden und dies auch nach der Sitzung gilt. Erst nach der Pressekonzferenz des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Mentrup im Vorfeld zu den Haushaltsberatungen sind die Themen öffentlich.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE): Wie werden sich die Eigenanteile durch die Einsparungen beim „Karlsruher Pass“ verändern? Kürzungen sind beim Verein „PEGASUS“ (Verein für Jugendhilfe) und bei Projektmitteln für Schulsozialarbeit vorgesehen. Gibt es weitere präventive Angebote für psychische Belange bei Kindern und Jugendlichen?

Herr Stadtrat Kalmbach: Nach welchen Kriterien wurden die Kürzungsbeträge festgelegt? Kann es sein, dass noch nicht alle Träger*innen von den Kürzungsbeträgen informiert wurden?

Frau Stadträtin Anlauf: Können die „Karlsruher Hausbesuche“ weiter bestehen bleiben? Ist die finanzielle Zukunft der „Kulturküche“ gesichert? Endet die Landesförderung für „IKARUS“? Funktioniert die Verlagerung „Mobilität bei den Karlsruher Pässen“ zum Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)? Ist die Kostenreduzierung bei der Wohnungslosenhilfe sinnvoll, da ehemalige Wohnungslose, die nicht regelmäßig betreut werden, immer wieder auf der Straße landen und dann kostenintensiv im Hotel untergebracht werden müssen. Es ist wichtig, dass „SOZPÄDAL“ für die Wohnraumakquise bei den Vermietenden weiterhin gut angesehen wird. Bei der Abschaffung der Hebammenbesuche wird die Begründung in Frage gestellt, dass dies eine Krankenkassenleistung darstellt.

Frau Langeneckert: In der Haushaltssperre gab es zwei Hebammenangebote. Davon wird eines gestrichen und das betrifft ein Angebot, das bisher in den Familienzentren, für Familien die keine Hebamme finden, stattfindet. Die (medizinische) Grundversorgung von Schwangeren und Wöchnerinnen zu gewährleisten, ist nicht Aufgabe der Jugendhilfe. Der Zugang zu den Frühen Hilfen und ihren Familienhebammen bleibt für alle Schwangeren und Wöchnerinnen gesichert. Bei der Wohnungslosenhilfe werden die freiwilligen Leistungen wie „TAFF“ und „TÜR“ nicht reduziert. Alles was an Kürzungen oder Streichungen von Träger*innen-Seite freiwillig vorgeschlagen wurde, fand Zuspruch. Wichtig war es, die anderen Angebote zu evaluieren, und selbstverständlich darf kein Betroffener seine Wohnung deshalb verlieren. Es fand ein Austausch mit Trägerinnen und Trägern statt und natürlich ist keiner von den Kürzungen begeistert. Es können jedoch keine 20 Mio. Euro eingespart werden, ohne dass dies spürbar ist. Die „Karlsruher Hausbesuche“ können weiterhin bestehen bleiben, die Volkswohnung ist interessiert einzusteigen; jedoch wird es eine andere Finanzierungsgrundlage geben. Die „Kulturküche“ gehört zu den Projekten des BfL, detaillierte Informationen können vom BfL nachgereicht werden. Die Trägerin (Diakonie) von IKARUS sagt deutlich, dass das Projekt nicht weitergeführt werden kann, wenn die Landesförderung wegfällt. Die Träger*innen sind von der Sozial- und Jugendbehörde in einem Schreiben über die Kürzungen informiert worden. Die Kürzungen wurden nicht pauschal um 10 % vorgenommen, sondern wurden in mehreren Schritten eruiert, auch im Hinblick auf große und kleine Träger*innen. Das BfL hat ein eigenes Konzept mit den Integrationsträger*innen für die Kürzungen. Das Projekt „PEGASUS“ (psychische Gesundheit) wird fehlen; es gibt in diesem Bereich noch andere Projekte. Es muss sich alles neu sortieren, auch bedingt durch die „Startchancenschulen“. Leider kann der Sozialhaushalt keine Schulangebote stützen, wenn das Geld für die gesetzlichen Maßnahmen der SJB fehlt.

Die Vorsitzende: Zu den „Karlsruher Pässen“ gibt es eine Vorlage im Jugendhilfeausschuss 15. Oktober 2025, die die Systematik der „Karlsruher Pässe“ respektiert.

Frau Langeneckert: Bei den Mobilitätskosten von Kindern und Jugendlichen gibt es mit dem Kinderpass und Bildung und Teilhabe dem Grunde nach eine Doppelstruktur. Die Leistungen von Bildung und Teilhabe sind vom Bund finanziert und sollen von dort bezogen werden, damit weniger kommunale Mittel eingesetzt werden müssen.

Herr Stadtrat Bauer: Das Angebot „Queerkastle“ soll um 1.400 Euro gekürzt werden. Nach Information des Trägers würde dies bedeuten, dass das Zentrum dann geschlossen werden muss. „Queerkastle“ ist Anlaufpunkt und für die Vernetzung der queeren Szene maßgeblich, die es beizubehalten gilt, um einen Kahlschlag zu vermeiden. Bei Profamilia „LSBTIQA*-Beratung“ werden 900 Euro gestrichen. Geht die Beratung in geringerem Umfang weiter?

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady: Nachfolgende Kürzungen stehen eventuell auf der Liste des Bfl: „Flüchtlingshilfe“, „diverse Anbieter bei Sprachlernangeboten“, „Freunde für Fremde“, „Freundeskreis Asyl“, „Jüdische Gemeinde“. Wieso sind die Kürzungen sowohl auf der Liste des Bfl als auch bei der SJB dargestellt? Beim Türkischen Elternverein wird die Streichung eines „Elterntreffs“ und die „Deckelung aller Elterntreffs“ angegeben. Unter welchen Gesichtspunkten ist dies erfolgt – Streichung/Deckelung? „The Justice Project“, Beratungsstelle Mariposa, soll um 1.100 € gekürzt werden. Beim Umsetzungsbericht der Istanbul-Konvention in Karlsruhe „Ausstieg aus der Prostitution“ wurde vorgestellt, wie wichtig das Projekt ist. Warum wird dieses gekürzt?

Herr Stadtrat Dujmović (GRÜNE): Sind Zahlen bekannt, wie viele Personen aufgrund der Änderung der Richtlinien über den Beförderungsdienst für schwerbehinderte Menschen andere Finanzierungsmöglichkeiten gefunden haben? Gibt es Rückmeldung über Personen, die aufgrund der Richtlinienänderung jetzt nicht mehr befördert werden können?

Frau Langeneckert: Das Bfl gehört haushaltstechnisch zur SJB und die Projekte sind deshalb in der Gesamtliste der Einsparungen im Bereich der freiwilligen Leistungen der SJB enthalten. Es sind keine doppelten Streichungen. Die Streichung eines „Elterntreffs“ des Türkischen Elternvereins bezieht sich auf einen, der nicht gut angenommen wurde. Die Angebote „The Justice Project“ und „Queerkastle“ wurden in der Vorlage um 5 % gekürzt. Es sind auch Möglichkeiten der Finanzierung über Spendentöpfe oder Stiftungen zu prüfen.

Herr Klein (SJB): Viele Menschen mit Behinderung ab Pflegebedürftigkeit nach Pflegegrad 3 haben auch Leistungsansprüche nach SGB IX. Die Anträge werden geprüft und wenn gesetzliche Leistungen im Bereich Soziale Teilhabe vorliegen, ist das Land für die Kosten erstattungspflichtig. Der Fachbereich gibt den Betroffenen Hinweise zu diesem Anspruch beziehungsweise zur möglichen Antragstellung. In gewissem Umfang findet hier eine Verlagerung von freiwilligen Leistungen der Stadt zu gesetzlichen Ansprüchen statt.

Die Vorsitzende: Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ können im Sozialausschuss am 10. Dezember 2025 Informationen zu bisherigen Erfahrungen zum Thema „Beförderungsdienst für schwerbehinderte Menschen“ gegeben werden. Auch die Fragen bezüglich der „Einsparungen im Bereich freiwillige Leistungen“ das Bfl betreffend, können hier beantwortet werden sowie drängende Fragen zu den Haushaltsberatungen. Es wäre

für die Verwaltung zur Vorbereitung sehr hilfreich, wenn diese Fragen vorab schriftlich mitgeteilt werden könnten. Die Sitzung des Integrationsausschusses findet am 26. November 2025 vor den Beratungen zum Doppelhaushalt statt.

Herr Stadtrat Kalmbach: Ist es richtig, dass kein Antrag gestellt werden muss, wenn die Stadträtinnen und Stadträte mit einer Kürzung nicht einverstanden sind, sondern sie werden mehrheitlich beschlossen bzw. abgelehnt?

Die Vorsitzende: Die Kämmerei wird die Vorgehensweise klären und Rückmeldung geben.

Fragen zum Handout vom 08.07.2025:

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady: Wie realistisch umsetzbar ist die „Schnellere Überführung von Care Leaver*innen in eigenen Wohnraum durch Vermittlung“, bei immer weniger bezahlbarem Wohnraum? Wie können bei der „Karlsruher Startchancen Strategie“ die Zielgruppen zusammengeführt werden? Es sind zwei verschiedene Ansätze: eine Zielgruppe sind sozial benachteiligte Jugendliche, hier geht es um Gruppenangebote. Bei den individuellen Hilfen geht es um junge Menschen mit gezielten sozial- oder sonderpädagogischen Förderbedarfen.

Frau Stadträtin Kaufmann: Die Einsparung von 40.000 € im Projekt „Muttersprachliche Kita-Lots*innen“ wird mit dem Kriterium „Erhalt der Grundstruktur geht vor Spezialisierung“ erläutert. Wie kann die Grundstruktur die Kompetenzen zur Versorgung von Familien mit Migrationshintergrund gewährleisten? Sind die Einsparungen im Projekt „Wellcome“ der Paritätischen Sozialdienste einvernehmlich abgestimmt?

Frau Stadträtin Anlauf: Wie kann im Bereich der Steuerungsmaßnahmen der Eingliederungshilfen ein hohes Einsparpotenzial durch ein anderes effizientes Leistungscontrolling erzielt werden?

Frau Langeneckert: Mit dem „Care Leaver*innen Projekt“ verspricht sich die Verwaltung, dass künftig noch mehr Einsparungen erzielt werden können. Unabdingbar für dieses Projekt ist es, Wohnungen in Zusammenarbeit mit der Wohnraumakquise zu generieren. Das „Startchancenprogramm BW“ bietet die Möglichkeit, in einer gemeinsamen Strategie von SuS, SJB (Fachbereich Jugendhilfe) und den Schulen die Landesmittel sinnvoll einzusetzen. Dadurch, dass Fachkräfte in den Schulen vor Ort mit Kindern arbeiten, werden Synergieeffekte erzeugt. Selbstverständlich ist die Strategie regelmäßig zu überprüfen und anzupassen.

Frau Schöllhorn: Die Struktur der „Frühen Hilfen“ hat einen multiprofessionellen Ansatz, d. h. Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen, Kinderärzte, Hebammen, Psychologinnen und Psychologen werden zusammengebracht. Daraus ergibt sich die Grundstruktur im „Haus der Frühen Hilfen“ mit Beratungsstelle, Startpunkt Elterncafés, Team Familienbegleitung und Gruppenangeboten. Das benannte Projekt „Muttersprachliche Kita-Lots*innen“ ist nicht Teil der Grundstruktur und kann durch das Team „Familienbegleitung“ aufgefangen werden. Das Projekt „Wellcome“ ist ein Ehrenamtsangebot und das einzige nichtprofessionelle Angebot. Es gilt vorrangig und dringend, die Grundstrukturen der Frühen Hilfen zu sichern und zu erhalten.

Herr Klein: Die Prognose der Ausgaben für die Eingliederungshilfe beträgt im Jahr 2025 insgesamt 125 Millionen Euro. Durch diesen Betrag relativiert sich die entsprechende Einsparsumme. Durch die laufende Überprüfung und Rückmeldung der Kooperationspartner*innen, der Träger*innen, erfolgt eine realistische Herabsetzung und das angegebene Einsparpotenzial. Die Einsparungen betreffen nicht nur die Karlsruher Träger*innen, sondern auch die der Landkreise.

Herr Barton (AWO): Die Haltung von Träger*innen-Seite sieht zu einigen Themen der Eingliederungshilfe anders aus, als die der Verwaltung. Ist heute hier der richtige Ort, um über die Einsparvorschläge zu diskutieren?

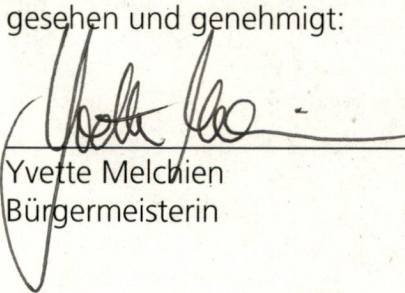
Die Vorsitzende: Der Verwaltung war es wichtig, die Beantwortung von Fragen zu den Einsparvorschlägen zu ermöglichen. Insgesamt erforderten die Sparmaßnahmen einen schwierigen Abwägungsprozess. Der Diskussionsbedarf ist nicht abgeschlossen. Auch werden die Fraktionen sicherlich gezielt den Austausch mit Träger*innen suchen.

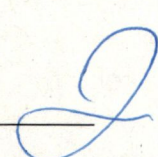
TOP 6: Mitteilungen des Bürgermeisteramtes

Keine.

Die Vorsitzende bedankt sich für den respektvollen Umgang und schließt um 19:06 Uhr die Sitzung.

Karlsruhe, den 2. Oktober 2025
gesehen und genehmigt:


Yvette Melchior
Bürgermeisterin


05.12.25


Carmen Edler
Schriftführerin